

Irak: Die Vergangenheit bleibt präsent

Frieden und Stabilität haben im heutigen Irak eine hohe Priorität. Um effizient zu sein, muss das Engagement für den Frieden jedoch das komplexe Gefüge aus gespaltenen schiitischen und sunnitischen Bevölkerungsgruppen, Stammesdynamiken und regionalen respektive internationalen Einflüssen berücksichtigen. Diese Dynamiken können staatliche und nichtstaatliche Bereiche betreffen.

Von Mae Anna Chokr

Seit der Invasion des Irak unter US-amerikanischer Führung 2003 und dem Sturz des Saddam-Hussein-Regimes ist der irakische Zentralstaat geschwächt und stark fragmentiert. Ein hohes Korruptionsniveau, dysfunktionale Aufsichtsmechanismen und mangelnde politische und juristische Rechenschaftspflicht sind an der Tagesordnung. Nichtstaatliche Akteure haben sich das Machtvakuum des Zentralstaats zunutze gemacht und orientieren sich an anderen regionalen Akteuren: Iran, Saudi-Arabien, Katar und die Türkei. Der Irak weist eine reiche Geschichte mit einer grossen ethnischen Vielfalt auf. Gemäss Angaben des *World Population Review* für 2021 leben im Irak 75 Prozent Araberinnen und Araber, 17 Prozent Kurdinnen und Kurden sowie 8 Prozent Angehörige weiterer ethnischer Minderheiten. Der Islam ist die offizielle Religion des Landes, wobei schätzungsweise 65 Prozent der schiitischen und 35 Prozent der sunnitischen Glaubensgemeinschaft angehören.

Das Nachbarland Iran mit einer mehrheitlich schiitischen Bevölkerung übt einen grossen Einfluss auf den Irak aus. Im Verlauf der Jahre richtete sich die Aufmerksamkeit auf bewaffnete Gruppen mit religiösem Hintergrund, die in zentralen Bereichen der irakischen Politik agieren, allen voran Netzwerke wie die Volksmobilisierungseinheiten (*Popular Mobilization Units*, PMU). Die PMU sind ein Verband



Stammesführer nehmen an einem Treffen zu den Spannungen in den ethnisch und religiös gemischten Städten im Nordirak teil. *Damir Sagolj / Reuters*

von bewaffneten Gruppen. Schiitische KämpferInnen bilden die meisten der PMU-Brigaden, von denen einige mit iranischen Interessen verbunden sind und irakische Regierungseinrichtungen unterwandert haben. Irakische Verbündete des Iran wie die PMU versuchen beispielsweise den politischen *Status quo* zu erhalten, indem sie sich um die Mitgestaltung der im Oktober 2021 anstehenden Parlamentswahlen bemühen. Die Schwäche des Zentralstaats hat so die konfessionellen Gräben

zwischen SchiitInnen und SunnitInnen vertieft, die Unabhängigkeit des irakischen Zentralstaates und seine institutionelle Kapazität untergraben und erschwert zudem Konfliktlösungsversuche. Der Erfolg und die grosse Zugkraft der PMU im Irak gründen darauf, dass sie im Krieg gegen den sogenannten «Islamischen Staat» (IS), der über Staatsgrenzen hinweg ein extremistisches sunnitische Narrativ propagiert, als massgeblichen Akteur zur Aufstandsbekämpfung galten. Gleichzeitig

Lokale Friedensförderung

Ein Ansatz zur Friedensförderung in einem Kontext wie dem Irak besteht darin, lokale Akteure zu unterstützen, die über Konfliktgrenzen hinweg arbeiten können. Die Vielzahl sich überschneidender Interessen und Allianzen – wie etwa konfessionelle, stammesbedingte und regionale – können Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in unnachgiebigen Konflikten bieten. Lokale Akteure, die diese Möglichkeiten nutzen, können zur Konfliktbewältigung beitragen und die gesellschaftliche Polarisierung minimieren. Um nachhaltig zu sein, ist jedoch oft eine Verbindung zur nationalen Ebene erforderlich.

spielt jedoch die Stammeszugehörigkeit im Irak weiterhin eine grosse Rolle, manchmal sogar über sunnitisch-schiitische Konflikt- oder Trennlinien hinweg.

Auf internationaler Ebene haben verschiedene Akteure unterschiedliche Interessen an der Region. Die E3+3-Staaten (Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, China, Russland und die USA) konzentrieren ihre Anstrengungen beispielsweise darauf, die von Iran ausgehende nukleare Bedrohung zu begrenzen, indem sie versuchen, das Atomabkommen (*Joint Comprehensive Plan of Action*, JCPOA) wieder in Kraft zu setzen, das die USA unter der Trump-Administration 2018 einseitig verlassen haben. Während viele der Ansicht sind, dass die allgemeine Nuklearfrage mit der ausserpolitischen Rolle Irans in der Region verknüpft werden sollte, lehnt Teheran solche Vorstösse ab. Mithilfe seiner Alliierten im Irak, Libanon, Jemen und in Syrien will Iran seinen Einfluss in der Region aufrechterhalten.

Obwohl diese Dynamiken die Massnahmen zur Konfliktlösung erschweren, könnten internationale Bemühungen mit einem lokal ausgerichteten Ansatz den Frieden und die Stabilität im Irak verbessern. Ein solcher Ansatz umfasst die Kultivierung von Partnerschaften mit nationalen Behörden durch Kapazitätsaufbau in Organisationen (siehe Box auf dieser Seite). Allerdings muss sich jegliches Engagement für Stabilität und Frieden im Irak auch mit den Schatten der Vergangenheit befassen. Dabei scheinen drei Dimensionen vorrangig, um die Vergangenheit zu verstehen und die Gegenwart richtig anzupacken: der schiitisch-sunnitische Glaubenskonflikt, die Stammesdynamiken und die Rolle oder der Einfluss regionaler und internationaler Akteure.

Wenn internationale Akteure mit formalisierten bilateralen Beziehungen ein vertieftes Verständnis dieser drei Dimensionen haben, steigen die Chancen, dass sie nachhaltige Dialoge unter lokalen Beteiligten im Irak fördern können. Bei näherer Untersuchung der Wechselwirkung dieser Dimensionen sollten vor allem die Rollen und die Beziehungen der folgenden Beteiligten berücksichtigt werden: das Amt des Premierministers, religiöse Autoritäten als Vertretende der Schiitinnen und Schiiten, die PMU, Stammesstrukturen sowie regionale/internationale Akteure. Deren Beziehungen untereinander schlagen sich in Loyalitäten, Bündnissen sowie der Handlungskapazität und Legitimität auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene nieder.

Konfessionelle Narrative

Narrative oder «Erzählungen» liefern Einblicke in die Werte und Interessen der jeweiligen Akteure und zeigen, welche Bedeutung sie Ereignissen beimessen und wie sie den politischen Diskurs gestalten. Häufig dienen Narrative der Rechtfertigung politischer Handlungen – auch wenn sie diese nicht unbedingt deterministisch bestimmen. Die konfessionellen Narrative im Irak prägen die politische Spaltung zwischen SchiitInnen und SunnitInnen und können mit Gruppenbildungsvorgängen verbunden sein.

Wenn sich Einzelpersonen auf der Grundlage ihrer gemeinsamen religiösen Überzeugungen und Überlieferungen in Gruppen zusammenschliessen, entsteht oft ein zusammenhängender Block oder eine religiöse Abspaltung. Die politische, kulturelle und religiöse Schnittmenge dieser Gruppen wird häufig durch religiöse Sprache, gemeinsame Erzählungen und Symbole verstärkt und vermittelt. In der Regel werden sie durch eine Art Institution gestützt, etwa durch eine religiöse Autorität oder eine charismatische Führungsperson, die in variierender Weise legitimiert ist. Auch in-

Jegliches Engagement für Stabilität und Frieden im Irak muss sich auch mit den Schatten der Vergangenheit befassen.

formelle oder lokale Legitimationsprozesse und Bräuche aus dem Gewohnheitsrecht von Volksstämmen können die Gruppenbildung prägen (siehe Box S.3).

Konfessionelle Narrative können Konflikte auslösen oder verschlimmern, besonders wenn sie politisiert werden. Wie es scheint,

ist die Politisierung konfessioneller Identitäten oder der Gruppenzugehörigkeit mit ein Grund, dass sich bereits bestehende Konflikte zwischen lokalen Akteuren in die Länge ziehen. Auf der anderen Seite können genau diese Narrative auch eine friedensfördernde Wirkung haben, da sie unterschiedlich interpretiert werden können und nicht deterministisch ein bestimmtes politisches oder militärisches Verhalten bestimmen. Die schiitischen und sunnitischen Narrative haben jeweils ihre eigene historische Genealogie und werden durch verschiedene Anspruchspersonen mit überlappenden Interessen vertreten. Gleichzeitig darf man die anderen, nichtkonfessionellen Aspekte des Konflikts nicht ausser Acht lassen.

Konfessionelle Spaltungen

Nach dem schiitischen Glauben muss der rechtmässige Nachfolger des Propheten Mohammed aus seiner direkten Nachkommenschaft, der *Ahl al-bayt*, stammen. Der grösste schiitische Ableger glaubt an die Zwölfer-Lehre, mit der sich auch die offizielle Staatsreligion in Iran identifiziert. Sie besagt, dass es zwölf Imame gibt, von denen der letzte, Mahdi, «am Ende der Zeiten» wiederkehren wird.

Die PMU setzt sich hauptsächlich aus schiitischen KämpferInnen zusammen, die auf die Unterstützung der religiösen Autorität, den *Mardscha*, angewiesen sind. Im Irak ist dies derzeit Ayatollah Ali al-Sistani. Der *Mardscha* agiert auf nationaler Ebene und prägt das konfessionelle Narrativ, indem er bewaffneten Gruppen wie den PMU religiösen Rückhalt gibt. Solche Legitimationen, die sogenannten Verteidigungs-*Fatwas*, beruhen auf der islamischen Rechtsprechung und sollen für landesweite Unterstützung sorgen.

Auf Staatsebene ist der Premierminister der bedeutendste Machtinhaber der föderalen irakischen Regierung. Die Verfassung des Landes verbietet die Gründung von Milizen ausserhalb der offiziellen Staatsarmee. Bevor Mustafa Al-Kadhimi im März 2018 sein Amt antrat, verabschiedete der ehemalige Minister Haider al-Abadi vor den Parlamentswahlen ein Dekret,

das die Funktion der PMU im Verhältnis zum Staat neu definieren sollte. Dessen Nachfolger Adil Abdul Mahdi erreichte im Juli 2019 die formale Vereinbarung eines Dekrets zur Integration der PMU in den staatlichen Sicherheitsapparat. Hinter dieser organisatorischen Infrastruktur stand die Absicht, die PMU in eine zuverlässige,

schnell einsatzbereite Notfalltruppe umzuwandeln. Zu diesem Zweck haben die Anführer der PMU, die dem Nachbarland Iran nahestehen, ihre Loyalität gegenüber Sistani und zum Teil auch der staatlichen Militärstruktur bekräftigt.

Durch die Militarisierung sind die PMU mittlerweile staatlich sanktionierte Organisationen, und ein Vorwurf der Menschenrechtsverletzung durch die PMU würde somit auch die Integrität des Premierministeramts direkt angreifen. Der Versuch, einen gespaltenen Staat mit fragwürdigen parteiischen Eliten und der Einmischung von Religionsgemeinschaften sowie des regionalen Umfelds zu vereinen, hat die Autorität des Premierministers geschwächt. Auf der anderen Seite stehen politisch aktive schiitische Gruppen wie die Friedensbrigaden oder die Partei von Mukkada al-Sadr, die sich selbst als nationales Bollwerk der arabisch-irakischen SchiitInnen versteht. Gegenwärtig hat der *Mardscha* als religiöses Oberhaupt im Irak die Aufgabe, die Polarisierung abzumildern und einen einheitlicheren Nationalstaat anzustreben, in dem die Staatsbürgerschaft entscheidend ist, was Parteien wie dem Sadr-Bündnis gelegen kommt.

Die zweite grosse religiöse Gruppe sind die Sunniten. Ihr Name bedeutet «Volk der Tradition» und leitet sich von *Sunna* ab, der Lehre, die sich auf die Handlungsweisen des Propheten Mohammed beruft und vier islamische Glaubensschulen umfasst. Eine wichtige Facette des Irak ist seine historisch vielschichtige Stammesgesellschaft, in der die Politisierung des Islam im Laufe der Zeit mit den soziologischen Gegebenheiten des Landes verwoben wurde. Sowohl für die sunnitische als auch für die schiitische Bevölkerung hat die traditionelle Stammeszugehörigkeit grosse Bedeutung. Innerhalb des Stammes geniessen die Menschen ein gewisses Mass an lokal formalisierter Legitimität ohne staatliche Einmischung. Volksstämme der sunnitischen AraberInnen leben vorwiegend in den nordwestlichen Provinzen des Irak. Während der US-geführten Invasion, als das sunnitisch dominierte Saddam-Hussein-Regime gestürzt wurde, fühlten sie sich übergangen.

Eines der grössten Anliegen der sunnitischen Gruppen besteht darin, ihre gesellschaftliche und politische Geltung auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene gegenüber dem starken schiitischen und iranischen Einfluss zu sichern. Infolgedessen hat

Traditionelle Konfliktlösung

Das Stammesrecht des antiken Irak umfasst einen Herrscher und einen unabhängigen Kanon aus Gewohnheitsrechten, die traditionell von den Volksstämmen durchgesetzt werden.

Erste Schritte hin zu einer Anerkennung des Stammesrechts erfolgten im 20. Jahrhundert in Form des britischen *Tribal Disputes Act* von 1916, der 1924 von der Regierung unter König Faisal übernommen wurde. Er gestattete im Irak die Ausübung des Stammesrechts auf dem Land.

Seit 2018 soll der Einsatz von Schiedsgerichten den Dialog zwischen dem Staat und den Volksstämmen ermöglichen. Dazu hat das irakische Justizministerium einen Stab eingerichtet, der in allen Provinzen mithilfe von designierten Schiedspersonen aus den Volksstämmen die Sicherheit und den Frieden von Gemeinschaften gewährleisten soll.

Das Innenministerium ernannte 47 Stammesoberhäupter, genannt *Al-awaref*, die sich regelmässig unentgeltlich um die Beilegung von Streitigkeiten kümmern und Konflikte eindämmen sollen.

In den Stämmen geschieht die Schlichtung von Auseinandersetzungen mit einer Reihe gemeinschaftlicher Versöhnungsrituale. Traditionsgemäss versammeln sich die Gemeinschaft oder die Unterhändler im Haus des Scheichs oder im Haus des Opfers als Zeichen des guten Willens. Die eigentliche Schlichtung heisst auf Arabisch *sulha*. Die Parteien einigen sich auf einen Geldbetrag (*fasel*), der als Entschädigung für die verursachte Ehrverletzung zu entrichten ist.

die Schwächung und Marginalisierung der sunnitischen Opposition die Mobilisierung und die Rekrutierung von IS-Kämpferinnen und -Kämpfern begünstigt.

Spaltung zwischen Volksstämmen

Obwohl die 2005 ratifizierte Verfassung des Irak auf demokratischen Grundsätzen beruht, wird die Legitimität des Staates ständig durch die Selbstverwaltung verfeindeter kleinerer Gemeinschaften infrage gestellt. Im Irak verfügen die Volksstämme über eine Teilautonomie, ein eigenes Gewohnheitsrecht sowie weitere untergeordnete Identitäten. Häufig rechtfertigen diese

Narrative können auch eine friedensfördernde Wirkung haben.

Gemeinschaften die Politisierung konfessioneller Dynamiken. Dadurch wird ihr Mitspracherecht zusätzlich gestärkt und sie können die Politik aktiv mitgestalten. Solche Entwicklungen sind überaus komplex, da die politischen Führungspersonen und selbstverwalteten Gruppierungen versuchen, traditionelle und moderne Regierungssysteme zu kombinieren. Ungeachtet dessen ist sowohl in den schiitischen als auch in den sunnitischen und kurdischen Provinzen die territoriale Verwaltungsautonomie relativ einflussreich, da nicht zuletzt durch bestehende Loyalitäten Grenzlinien zwischen den Provinzen entstanden sind.

Dabei wirken sich verschiedene Faktoren, beispielsweise die geografische Nähe von sunnitischen zu schiitischen Gebieten,

Stammesbeziehungen oder eine gemeinsame Geschichte direkt darauf aus, ob sich die beiden Konfessionen annähern oder gegeneinander Stellung beziehen. Tatsächlich haben Stammesbeziehungen so auch zu einer gewissen Stabilisierung beigetragen und die Bündnisse haben sich je nach persönlichen Interessen verschoben. Zum Beispiel lehnen die sunnitischen Stämme in Mosul im nördlichen Irak den iranischen Einfluss entschieden ab, während jene um die zentralirakische Stadt Ramadi zu einer Aussöhnung mit von Iran unterstützten lokalen Führungspersonen tendieren. 2016 gab der Leiter der PMU-Kommission, Faleh al-Fayyadh, bekannt, dass der registrierten Brigade der PMU, der sogenannten «Stammes-PMU», 40 000 bis 50 000 sunnitische Kämpferinnen und Kämpfer angehören. Dies zeigt, dass Stämme durchaus in der Lage sind, die konfessionelle Kluft zu überwinden.

Man muss bedenken, dass das Stammesystem ein wesentliches soziales Gefüge im Irak verkörpert. Frühere Versuche, Stammesstrukturen aufzulösen, haben das Land erheblich destabilisiert und das Risiko eines bewaffneten Konflikts erhöht. Daher versucht die irakische Regierung kontinuierlich, Loyalitäten, Zugehörigkeiten und Interessen der Volksstämme zu berücksichtigen, um die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten.

Internationale Ebene

Im Januar 2020 führten die USA einen Drohnenangriff aus, bei welchem Qasem Soleimani – hochrangige Leitfigur und Kommandeur der Kuds-Einheit, einer

Unterabteilung der iranischen Revolutionsgarden – und der irakische PMU-Stabschef ermordet wurden. Dies geschah, nachdem das US-Verteidigungsministerium Soleimani als Bedrohung für amerikanische Stationierte im Irak sowie in der gesamten Region bezeichnet hatte. Darüber hinaus stellte sich Saudi-Arabien als eines

Das Stammessystem verkörpert ein wesentliches soziales Gefüge im Irak.

der grössten sunnitisch-arabischen Länder entschieden gegen die konkurrierende Rolle von Iran in der Region und erhöhte damit die sunnitisch-schiitischen Spannungen. Auf regionaler Ebene unterstützen konkurrierende Nachbarstaaten verschiedene interne Rivalen politisch und militärisch.

Der anhaltende Konflikt zwischen sunnitischen und schiitischen Angehörigen des muslimischen Glaubens im Irak wird heute durch die historische Rivalität zwischen dem Irak und Iran beeinflusst, die sich vielfach im Verhalten der arabischen und der persisch sprechenden Bevölkerung zeigt. Der Kampf um politische Macht in der Region rührt von ihrer geografischen Nähe und ihrer gemeinsamen Geschichte her. Wenn schiitische Gruppen im Irak aufgrund ihrer nationalen oder arabischen Identität gestärkt werden, könnte es – ganz anders als bei der Loyalität gegenüber Iran – innerhalb der schiitischen Glaubensgemeinschaft auf lokaler oder nationaler Ebene zu Spannungen kommen, genauer gesagt zwischen einer «arabisch-schiitischen» und einer «iranisch-schiitischen Wahrnehmung».

Wie sich die Aussenpolitik der Biden-Regierung in Iran niederschlagen wird, bleibt unklar. Mehrere Szenarien sind denkbar. Sie richten sich unter anderem nach dem Ausgang der Verhandlungen in Wien zu einer Neuauflage des 2015 unterzeichneten JCPOA. Ob Sanktionen aufgehoben oder weitere Beschränkungen in Iran eingeführt

werden, wirkt sich unmittelbar auf regionale Alliierte wie etwa im Irak aus. Aufgrund des durch die Sanktionen entstandenen Drucks ist Iran abhängig von irakischen Ressourcen wie Kapital und dem Grenzzugang, um Schmuggelware über den Irak, den Libanon und Syrien nach Iran zu transportieren. Anders als andere regionale Alliierte sind die PMU Organe des Staates und unterstehen der Autorität des irakischen Premierministers. Diese Tatsache gewährleistet ein gewisses Mass an Legitimität und Glaubwürdigkeit bei sunnitischen (und anderen) Regierungsabgeordneten innerhalb des irakischen Staates. Die Verbindung zwischen PMU und Staat könnte dem Irak effektiv bei der nationalen und regionalen Konfliktdeeskalation helfen, sofern die PMU-Netzwerke als gemeinsame Gesprächspartner fungieren.

Engagement für Frieden und Stabilität

Das Verständnis der konfessionellen Dynamiken im Irak kann dazu beitragen, Herausforderungen im Zusammenhang mit Stabilität, Frieden, Migration, humanitären Einsätzen und Entwicklung geschickter zu bewältigen. Werden konfessionelle Dynamiken und die verschiedenen oben beschriebenen Interessengruppen anerkannt, lassen sich die Hauptproblematiken auf lokaler und nationaler Ebene leichter identifizieren und Konfliktlösungsversuche kontextbezogener gestalten. Diese Versuche dürften die für konfessionelle Narrative typische Flexibilität nutzen, Konfliktlinien überwinden und die Erarbeitung von Mechanismen für ein gewaltfreies Konfliktmanagement anstreben. Das erfordert auch die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren für inklusive und wirksame lokale sowie nationale Führungsstrukturen.

Ausserdem werden Menschen durch Konflikte nicht nur oft zu Vertriebenen, sondern Konflikte treffen auch Kinder und weibliche Migrantinnen besonders hart. Viele internationale Akteure gehen das Thema Migration an. Mithilfe eines tiefen

Verständnisses der konfessionellen Narrative, Stammesdynamiken und regionalen/internationalen Beteiligten lassen sich die Ursachen im Zusammenhang mit Flüchtlingsbewegungen und humanitärer Hilfe besser erschliessen. Dies kann zu nachhaltigen Lösungen und zu Sozialschutzmassnahmen für Vertriebene beitragen. Überdies haben die Folgen der Konflikte für die lokale Infrastruktur im Irak in den vergangenen Jahren die Wasser-, Land- und Umweltbedingungen verschlimmert, so dass der Zugang zu Grundversorgung nicht gewährleistet ist. Es besteht Entwicklungsbedarf. Die Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen sind angesichts knapper Finanzmittel und der fehlenden Rechenschaftspflicht bei Wahlen oder in der Justiz jedoch sehr gering. Mithilfe von Lokalisierungsstrategien können Infrastrukturen wiederhergestellt und die Grundversorgung mit medizinischen Leistungen, Bildung, Trinkwasser, Nahrungsergänzungsmitteln, Kläranlagen und Strasseninstandsetzung verbessert werden.

Aufgrund ihres grossen gesellschaftlichen und politischen Einflusses könnten religiöse Autoritäten im Irak massgeblich zur Konfliktlösung beitragen. Das heisst, religiös motivierte Gruppen müssen unbedingt mit ins Boot geholt werden, auch wenn das schwierig ist. Die Entwicklung einer ganzheitlichen Vision für den Irak, die die staatliche und nichtstaatliche Ebene sowie verschiedene Legitimationsquellen berücksichtigt, ist der Schlüssel zu Frieden und Stabilität. Deshalb kann die Überlegung, warum Geschichten aus der Vergangenheit auch heute noch präsent sind, wertvolle Erkenntnisse für den Weg in die Zukunft liefern.

Für mehr zu Mediation und Friedensförderung, siehe [CSS Themenseite](#).

Mae Anna Chok ist Program Officer des Mediation Support Team am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeber: Julian Kamasa
Lektorat: Julian Kamasa, Emanuel Schäublin, Benno Zogg
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Christlicher Nationalismus in den USA Nr. 288
COVID-19: Deutschland reformiert Bevölkerungsschutz Nr. 287
Europa und der Atomwaffenverbotsvertrag Nr. 286
Hyperschall-Technologie: bewaffnet und überbewertet Nr. 285
Geostrategischer Sturm über dem Indischen Ozean Nr. 284
Intersektionale Konfliktanalyse: Religion und Gender Nr. 283

© 2021 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000502366